

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



15.09.2025

Bildung in München stärken Teil II Förderung eines kommunalen Übergangsmagements zur besseren Vernetzung von Schule, Jugendhilfe, Berufsberatung und Jobcenter – Finanzierung über Bundesmittel

Die Landeshauptstadt München stärkt den Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf durch den gezielten Ausbau eines kommunalen Übergangsmagements. Die Finanzierung soll dabei über die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehenen Bundesmittel zur Verbesserung der Bildungsübergänge und der Zusammenarbeit rechtskreisübergreifender Akteure erfolgen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. Ein kommunales Konzept für ein strukturiertes und verbindliches Übergangsmagement zu entwickeln, das Schulen, Jugendhilfe, Berufsberatung und Jobcenter systematisch miteinander vernetzt.
2. Bestehende Kooperationen in den Jugendberufsagenturen und regionalen Bildungsnetzwerken auszubauen, zu koordinieren und mit einem einheitlichen Verfahren zur Fallsteuerung und Datennutzung zu unterlegen.
3. Die dafür notwendigen Bundesmittel gemäß Koalitionsvertrag (insbesondere aus dem Bereich „Bildungsübergänge“, „Jugendberufsagenturen“, „rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit“ und „datengestützte Bildungssteuerung“) zu beantragen und zur Finanzierung des kommunalen Übergangsmagements zu verwenden.
4. In Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter München sowie dem Freistaat Bayern eine Kooperationsvereinbarung zur verbindlichen Umsetzung auf den Weg zu bringen.
5. Einen Pilotbetrieb an ausgewählten Schulstandorten (z. B. Mittelschulen mit hohem Unterstützungsbedarf) ab dem Schuljahr 2026/27 zu starten und diesen wissenschaftlich begleiten zu lassen.
6. Dem Stadtrat bis Ende 2027 einen Evaluationsbericht und eine Entscheidungsgrundlage zur Verstetigung und stadtweiten Ausweitung vorzulegen.

Begründung:

Ein gelingender Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium oder Beruf ist entscheidend für die Bildungsbiografien junger Menschen – insbesondere für jene, die ohne klare Perspektive die Schule verlassen.

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung benennt als Ziel, die Bildungsübergänge zu verbessern, Jugendberufsagenturen zu stärken und eine rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit strukturell abzusichern. Dafür sollen gemeinsame Roadmaps, datengestützte Verfahren und kommunale Strukturen entwickelt und finanziert werden.

Ein kommunales Übergangsmanagement, das Schule, Jugendhilfe, Berufsberatung und Jobcenter miteinander vernetzt, erhöht die Wirksamkeit der Hilfesysteme, vermeidet Brüche in der Förderung und reduziert das Risiko des Schul- oder Ausbildungsabbruchs. Die Landeshauptstadt München sollte die zur Verfügung stehenden Bundesmittel aktiv nutzen, um hier eine strukturierte, verbindliche und sozial gerechte Lösung zu implementieren.

Jens Luther

Stadtrat